

Eine Akkumulationskrise, die grundsätzliche Fragen aufwirft

Christian Zeller

Die aktuelle Krise geht weit über eine Finanzkrise hinaus. Die Aufblähung des Kreditwesens und des Finanzsektors hatte widersprüchliche Konsequenzen. Einerseits absorbierte der Finanzsektor viel überdurchschnittliche Renditen suchendes Kapital und schwächte damit das Problem der Überakkumulation ab. Andererseits konnte diese Aufblähung nicht weitergehen. Die Schockwellen der Finanzkrise breiteten sich sofort auf fast alle Industriebereiche aus. Die Widersprüche treten nun umso wuchtiger auf. Zugleich stehen wir nun vor dem Problem, dass die bisherigen Konzepte zur Krisenbekämpfung kaum mehr wirken. Erforderlich sind radikale demokratische und soziale Antworten.

Die Studien des IWF und der OECD unterstreichen die Tiefe der Krise. Gemäß IWF wird die Weltökonomie in diesem Jahr voraussichtlich um 1,3 % schrumpfen. Das wäre ein Rückgang historischen Ausmaßes. Das Bruttoinlandprodukt der Euroländer wird voraussichtlich um 4,2 %, das der USA um 2,8 %, das Österreichs um 3 % und das Deutschlands gar um 5,6 % sinken. Der Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen soll gar um 11 % zurückgehen (IMF 2009b, S. 10). Der Warenumsatz in den großen Häfen der Welt brach vor einem halben Jahr richtig ein. Im Unterschied zu bisherigen Krisen ist diese Krise global. Sie umfasst alle Länder: die USA, Europa, Russland, China, Brasilien ... Was in den kapitalistischen Metropolen als Krise beginnt, wird in den Ghettos der Megastädte und den verarmten Landregionen Asiens, Lateinamerikas und Afrikas zur sozialen und menschlichen Katastrophe.

Im Jänner 2009 warnte der IWF vor sozialen Unruhen und Aufständen. Er schlug vor, dass die Regierungen weltweit 1,2 Billionen US-\$ (was immerhin 2 % des weltweiten BIP entspricht) in diesem und im nächsten Jahr in die Wirtschaft einspritzen sollen, um der Krise zu begegnen (IMF 2009a). Bereits seit Herbst 2008 sieht sich der IWF gezwungen, eine ganze Reihe von Ländern, vor allem in Osteuropa, zu stützen. Ohne Finanzspritzen des IWF wäre Ungarn bereits im Staatsbankrott.

Der Preis für die Vermeidung des Finanzkollapses ist hoch. Ständig öffnen sich bei Banken und zunehmend auch bei Industrieunternehmen neue Schuldenlöcher, die die Regierungen mit Steuergeldern zu stopfen versuchen. Staaten unterstützen zunehmend auch Konzernübernahmen, um die inländischen Konzerne gegenüber den Rivalen aus anderen Ländern zu unterstützen.

In den USA und in Europa haben mittlerweile Hunderte von Banken kleinere oder größere Finanzspritzen erhalten. Gigantische Summen sind als Eigenkapitalbeteiligungen, Garantiebeträge oder Versicherungsbeträge geflossen. Der Rettung des Bankensystems wurden alle anderen Anliegen untergeordnet. Die Staatsverschuldung steigt nahezu überall massiv an. Schon bald werden die Rechnungen serviert werden – und dann ist die große Frage, wer diese Rechnung auf welche Weise bezahlen wird.

Diese Entwicklungen zeigen, dass diese Krise viel tiefer ist als alle Krisen seit dem 2. Weltkrieg. Es ist eine tief greifende systemische Krise. Die Krise lässt sich nur in ihrer weltweiten Dynamik verstehen. Sie hat sich aufgrund der Wirtschaftsverflechtungen sehr schnell verbreitet. Die Überakkumulation

hat China erreicht, das nun eine Schlüsselrolle einnimmt. Wer kauft die chinesischen Konsumgüter, wenn China diese nicht mehr wie in den letzten Jahren in die USA und nach Europa exportieren kann? In China sind bereits Millionen von Menschen, die in den letzten Jahren vom Land in die großen urbanen Wachstumsregionen gezogen sind, wieder in ihre Heimatregionen zurückgegangen.

Die gegenwärtige Finanzkrise ist Ausdruck und Produkt einer weit reichenden Krise der Akkumulation oder, allgemeiner ausgedrückt, der Investitionstätigkeit. Sie verstärkt und verallgemeinert die Akkumulationskrise. Diese Krise kann nur durch eine massive Zerstörung von Kapital und Arbeit und die Erschließung neuer Felder zu Kapitalverwertung „gelöst“ werden, was mit entsprechenden gesellschaftlichen Kosten und menschlichem Elend verbunden sein wird.

1 Die Macht des Anlagekapitals

Um die aktuelle Krise zu verstehen, müssen wir einige Jahrzehnte zurückblicken. Die erste große Krise seit dem 2. Weltkrieg Mitte der 1970er war Ausdruck sinkender Profitraten und mangelnder Möglichkeiten zur profitablen Verwertung des Kapitals (Husson 2004). Seither ist das Kapital bestrebt, die Schranken, die eine Steigerung der Profitrate verhindern, aus dem Weg zu räumen. Darum trachtet das Kapital danach, sich neue Felder zu erschließen und die bestehenden Verwertungskanäle profitabler zu gestalten. Die Politik der Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und des Abbaus sozialer und demokratischer Errungenschaften, die seit Anfang der 1980er Jahre zuerst die Regierungen in den USA und Großbritannien praktizierten und dann von den meisten Staatsführungen auf der Grundlage massiver Niederlagen der Arbeiterbewegung übernommen wurde, schuf die institutionellen Grundlagen für die verstärkte Konzentration des Finanzkapitals in den Händen von Finanzunternehmen und institutionellen Investoren wie Versicherungen, Investment-, Anlage- und Pensionsfonds und Banken (Huffscheidt 2002; Chesnais 2004). Entscheidend für diese Entwicklung war die Einführung und Stärkung privater, kapitalgedeckter Alterssysteme zunächst in den angelsächsischen Ländern, in Japan und in der Schweiz und dann auch anderswo (Abb. 2) (Sauviat 2004). Parallel dazu wurden die Kapitalmärkte von institutionellen Einschränkungen befreit. Sie bieten den finanziellen Investoren die nötige Liquidität, das Privileg, in der kürzestmöglichen Zeit aus dem Markt auszusteigen (Orléan 1999).

Ein zentrales Kennzeichen des finanzdominierten Kapitalismus ist die sinkende Lohnquote (Abb. 2). In den USA, in den meisten Ländern Europas und in Japan ist der Anteil der Löhne am Volkseinkommen seit den 1980er Jahren deutlich zurückgegangen. Auf der anderen Seite schossen die Einkommen aus Kapitalerträgen in die Höhe (Husson 2008). Vor allem in den USA ergab sich damit aber ein fundamentales Problem. Wie können die Lohnabhängigen weiterhin Konsumgüter kaufen, wenn ihre Einkommen real stagnieren oder sogar zurückgehen? Die scheinbare Lösung suchte man in einer deutlichen Aufblähung des Kreditbereichs. Millionen von Lohnabhängigen haben sich zunehmend verschuldet, um ein Haus zu kaufen, ihr Haus zu halten oder einfach um ein Auto, Wohnungseinrichtungen und Nahrungsmittel zu kaufen.

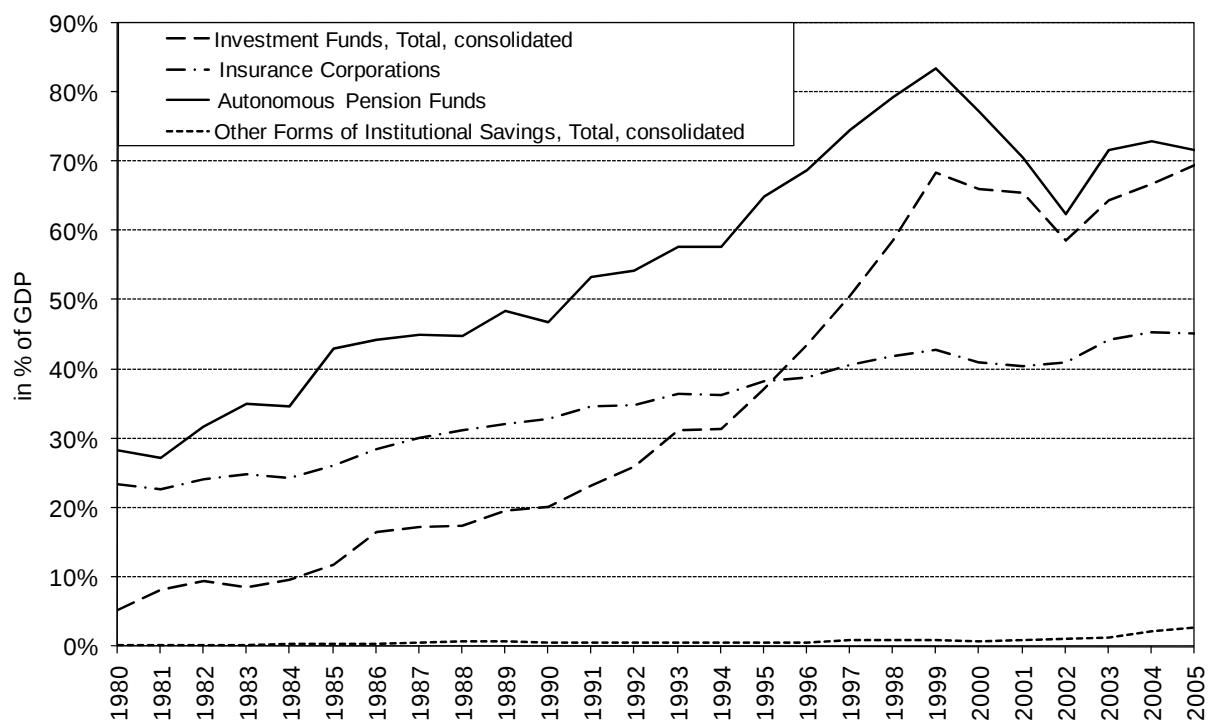


Abb. 1: Entwicklung der Anteile institutioneller Investoren am Bruttoinlandsprodukt der USA (Quelle: Entnommen aus OECD.Stat, Institutional Investors Assets)

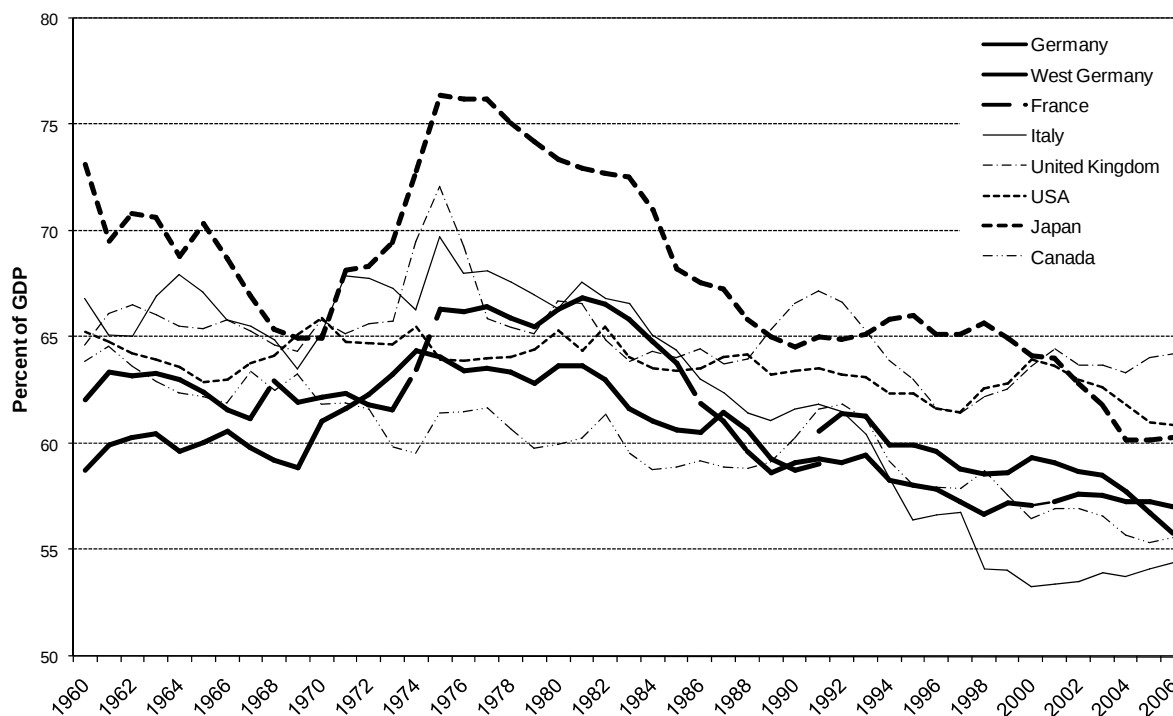


Abb. 2: Entwicklung der Lohnquote in den G7-Staaten zu laufenden Marktpreisen (Quelle: Ameco Database http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_en.htm)

2 Weltweite Ungleichgewichte

Die USA konnten sich die Steigerung des Konsums und das sehr hohe Handelsbilanzdefizit nur dank dem enormen Kapitalzufluss aus Japan, Europa, Südostasien und vor allem aus China leisten. Dieser Kapitalzufluss in die USA fütterte die dynamische, aber kurze Phase der sogenannten *New Economy* und die Börsenblase Ende der 1990er Jahre. Die US-amerikanische Notenbank begegnete der Krise von 2001 bis 2003 mit sehr tiefen Zinssätzen und der Anfeuerung einer neuen Blase, dem Boom auf den Immobilienmärkten. Die Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen wurde ständig größer (Foster 2009). Gleichzeitig stellte sich auf Weltebene eine sonderbare Konstellation ein. Die USA und China gingen eine fragile symbiotische Beziehung ein. Die USA steigerten ihre Importe mit günstigen Konsumgütern aus China. Das Handelsbilanzdefizit stieg an. Gleichzeitig erzielte China große Handelsbilanzüberschüsse. Das Geld legte China wiederum in den USA an, vor allem in Staatsanleihen. China wurde in den letzten Jahren zur Weltfabrik. Europa und die USA kaufen chinesische Konsumgüter. Zugleich importiert China Maschinen aus Europa und den USA. In diesem Kontext hat sich der weltweite Konkurrenzkampf unter den Lohnabhängigen um Lohnniveaus, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit verschärft. Viele Unternehmen drohen damit, dass die Lohnabhängigen entweder eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen akzeptieren oder dass die Produktion in günstigere Gegenden verlagert wird.

Nun zeigt sich eine immer wiederkehrende Tendenz im Kapitalismus: Es werden zu viele Waren produziert, die nicht mehr abgesetzt werden können. Viele Produktionsstätten sind nicht ausgelastet. Sehr offensichtlich ist diese Überakkumulation in der Automobilindustrie. Zugleich werden menschliche und gesellschaftliche Bedürfnisse immer weniger befriedigt. Denken wir nur an den Hunger in vielen Regionen der Welt, an die ungenügende Gesundheitsversorgung in den USA, an die wachsende Anzahl von Armen auch in den reichen Ländern und an die weltweite Umweltzerstörung. Zugleich sind die Profitraten in zahlreichen Industrien nicht im gewünschten Maße angestiegen. Ein beträchtlicher Teil der Profite ist in den Finanzbereich, wo kurzfristig höhere Erträge zu erzielen waren, geflossen. Darum zögern viele Unternehmen, im großen Stile zu investieren. Sowohl die enormen Investitionen in China als auch die Aufblähung des Finanzbereichs haben dazu beigetragen, dass das überschüssige Kapital im Zuge neuer spatio-temporal fixes für eine gewisse Zeit profitbringend investiert respektive platziert wurde (Harvey 2003, S. 2004). Damit wurde das Problem der Überakkumulation immerhin hinausgeschoben, aber nicht gelöst. Die Verschuldung der Haushalte und Unternehmen sowie das Außenhandelsdefizit der USA konnten nicht unendlich gesteigert werden. Die Krise im Finanzbereich schlug sofort auf nahezu globaler Ebene auf die verschiedenen Industriesektoren durch.

3 Antworten, die Grundlage für kommende Krisen

Nun wird über Teilverstaatlichungen von Banken und sogar Industriekonzernen gesprochen. Das ist eine Irreführung. Was passiert, sind nicht Verstaatlichungen, sondern Privatisierungen öffentlicher Guthaben und eine Abwälzung der enormen Verluste auf die SteuerzahlerInnen. Die Strategien der Regierungen in den USA, in Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich mögen im Detail unterschiedlich sein. Gemeinsam ist ihnen, dass die Verluste der Banken und Unter-

nehmen an die breite Bevölkerung, also die Lohnabhängigen, weitergereicht werden. Das ist der Kern aller Bankenrettungspakete.

Obwohl zahlreiche Investitionen in die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur sinnvoll sein können, stellen sich grundsätzliche Fragen: Wer wird diese Programme bezahlen? Welche Infrastruktur soll gefördert werden? Wollen wir tatsächlich mehr Straßen? Die deutsche und die österreichische Regierung haben der Automobilindustrie mit einer sogenannten Abwrackprämie massiv unter die Arme gegriffen. Derartige Maßnahmen sind sowohl umwelt- wie industriepolitisch fragwürdig. Wollen wir den Autoverkehr wirklich fördern? Die Verschrottungsprämien können kurzfristig durchaus im Sinne einer Stützung der Automobilkonzerne und ihrer Zulieferer wirksam sein. Zugleich sind sie in keiner Weise eine Antwort auf das Problem der Überproduktion und Überakkumulation in der Autoindustrie. Die Konjunkturprogramme der verschiedenen Regierungen werden nicht in der Lage sein, das tiefer liegende Problem der Überakkumulation anzupacken. Wo und wie kann das Überschusskapital investiert und verwertet werden? Gibt es neue Technologien, deren Anwendung massiv verbreitert werden könnte? Gibt es neue Regionen, wie zum Beispiel China im vergangenen Jahrzehnt, die Kapital absorbieren können? Gibt es vielleicht neue Fundstellen von Rohstoffen und Energieträgern, die zu einem massiven Preiszerfall führen könnten und damit die Produktion verbilligen? Können neue Felder der Kapitalakkumulation erschlossen werden, zum Beispiel durch eine neue Runde massiver Privatisierungen, die Aneignung natürlicher Ressourcen, die Aneignung von Wissen und dessen Umwandlung in eine Ware? Wer bezahlt die Rechnung der aktuellen Stützungsprogramme?

Der globale Konkurrenz- und Verdrängungskampf wird sich verschärfen. Neue Restrukturierungswellen und damit auch die „Freisetzung“ von Millionen „überschüssiger“ Arbeitskräfte werden vorbereitet. Zugleich beginnt das Kapital, neue Territorien zu erschließen und zu kontrollieren. Investmentfonds und andere Finanzorganisationen kaufen seit rund einem Jahr in großem Stil Landwirtschaftsland auf oder schließen langfristige Pachtverträge ab (Grain 2008). Interessant sind die fruchtbaren Flächen in der Ukraine, in Brasilien, Argentinien und sogar im Sudan, einem Land, wo viele Menschen an Hunger sterben. Die Fonds kaufen dieses Land oder Anteile an den Eigentümern dieses Landes als strategische Guthaben. Sie gehen davon aus, dass die Nahrungsmittelproduktion und vor allem die Produktion von Agrartreibstoffen lukrativ sein werden. Die unmittelbare Kontrolle über Territorien wird wieder – wie zu Zeiten des klassischen Imperialismus vor über hundert Jahren – wichtig werden. Im Zuge der Schaffung und des Handels von CO₂-Verschmutzungsrechten kann die Kontrolle über die riesigen Flächen der CO₂-Senken finanzielle Erträge ermöglichen. Das Finanzkapital sucht sich neue Anlagefelder und Einnahmequellen, die sich aber nur verwirklichen lassen, wenn Eigentumsmonopole auf Boden, Schürfrechte von Minen und Verschmutzungsrechte durchgesetzt werden. Diese Entwicklungen lassen die Perspektive eines „grünen“ Kapitalismus in einem sehr fragwürdigen Licht erscheinen.

4 Krise, industrieller Umbau und demokratische Teilhabe

Wenn wir die Wirtschaftskrise mit der Umwelt- und Klimakrise als Ausdruck derselben kapitalistischen Mechanismen verstehen und auch gemeinsame Antworten auf beide Herausforderungen suchen, wird schnell klar, dass die herkömmliche Politik sowohl der Regierungen als auch der tradi-

tionellen Linken und der Gewerkschaften nicht weit reicht. Sie versuchen mit ihren Stützungsprogrammen Arbeitsplätze zu retten und schaffen damit die Grundlagen für kommende und noch tiefere wirtschaftliche und ökologische Krisen.

Natürlich muss verhindert werden, dass die Lohnabhängigen auf die Straße gestellt werden. Aber ist es sinnvoll, den Automobilkonzern General Motors oder sein Tochterunternehmen Opel zu retten, damit sie weiterhin Autos produzieren, die umweltschädlich sind? Wollen wir die Finanzplätze in Österreich und in der Schweiz verteidigen und das Bankgeheimnis rechtfertigen, in der vagen Hoffnung, die Lohnabhängigen der Bank Austria oder der UBS würden deswegen ihren Arbeitsplatz nicht verlieren?

Die Herausforderung ist eine andere. Die öffentlichen Mittel sollen genutzt werden, um eine Konversion der Industrie und der Finanzdienstleistungen in Richtung gesellschaftlich nützlicher und umweltverträglicher Produkte und Produktionsprozesse einzuleiten. Wenn GM und Opel gerettet werden sollen, dann nicht um weiterhin Autos zu produzieren, sondern um den Beschäftigten den Spielraum zu geben, gemeinsam mit Fachleuten einen kompletten Umbau der Produktion einzuleiten. Dieselbe Frage stellt sich im Finanzbereich. Die Finanzorganisationen sollen so umgebaut werden, dass sie den Umbau des Industriesystems zu einer bedürfnisgerechten und ökologisch verträglichen Produktion finanzieren; hier in Europa und anderswo.

Natürlich sind die Krisenbearbeitung und der Ausgang der Krise auch eine Frage politischer Kräfteverhältnisse. Wir stehen vor der Herausforderung, wie die Lohnabhängigen Investitionsentscheidungen, strategische Unternehmensplanungen und Ressourcenzuteilungen beeinflussen oder sogar steuern können. Seit der Verschärfung der Krise im Herbst 2008 wird über Verstaatlichungen gesprochen. Noch wenige Monate zuvor wäre das unmöglich gewesen. Letztlich wird damit die Eigentumsfrage angesprochen. Allerdings sollte eine ernst gemeinte Verstaatlichung wirklich die öffentliche Teilhabe erweitern und nicht der Gemeinschaft und den kommenden Generationen noch weitere finanzielle Bürden auferlegen.

5 Literatur

- CHESNAIS, F. (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot S. 217-254.
- FOSTER, J. B. (2009): The Great Financial Crisis: Causes and Consequences. New York: Monthly Review Press.
- GRAIN (2008): Seized! The 2008 landgrab for food and financial security, GRAIN, Girona 25 pral., 08010 Barcelona, Spain: Barcelona. <http://www.grain.org/briefings/?id=212>
- HARVEY, D. (2003): The New Imperialism. Oxford, UK: Oxford University Press.
- HARVEY, D. (2004): Die Geographie des „neuen“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. C. Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot S. 183-215.
- HUFFSCHMID, J. (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte (aktualisierte und erweiterte Neuauflage). Hamburg: VSA-Verlag.
- HUSSON, M. (2004): Der Kapitalismus nach der „neuen Ökonomie“. C. Zeller (Hg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot S. 127-159.
- HUSSON, M. (2008): Un pur capitalisme. Lausanne: Editions Page Deux.

IMF (2009a): World Faces Deepening Crisis, IMF Chief Warns, IMF Survey Magazine: In the News. January 21. International Monetary Fund: Washington, DC.

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/NEW012109A.htm>

IMF (2009b): World Economic Outlook. Crisis and Recovery April 2009, International Monetary Fund: Washington, DC, 228 S

ORLEAN, A. (1999): Le pouvoir de la finance. Paris: Odile Jacob.

SAUVIAT, C. (2004): Les fonds de pension et les fonds mutuel: acteurs majeurs de la finance mondialisée et du nouveau pouvoir actionnarial. F. Chesnais (Hrsg.): La finance mondialisé. Paris: Éditions La Découverte S. 99-124.